

Bundesrat schafft Steuerergünstigungen ab

Nun müssen auch öffentliche Spielbanken Gewerbesteuer zahlen. Diese Änderung ist eine Reaktion auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, wonach es unzulässig ist, Umsätze gewerblicher Glücksspielanbieter zu besteuern und öffentliche Spielbanken von der Umsatzsteuer zu befreien. Der Bund müsse die daraus entstehenden Verluste der Spielbanken ersetzen, forderte der Bevollmächtigte des Landes Niedersachsen beim Bund, Wolfgang Gibowski.